

Antrag St-01
UB Duisburg

Empfehlung der Antragskommission
Annahme in Fassung der Antragskommission

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zusammenhalt in Krisenzeiten – für eine solidarische Krisen-Abgabe

1 Die SPD setzt sich auf allen Ebenen für die Einführung ei-
 2 ner Übergewinnsteuer noch in diesem Jahr ein bzw. un-
 3 terstützt die laufenden Initiativen hierzu.

4

5 **Begründung**

6

7 Insbesondere Energieversorger und Mineralölkonzerne
 8 haben seit Beginn der Ukraine-Krise teilweise enorme
 9 Gewinne eingefahren, die deutlich über dem Vorjahres-
 10 niveau liegen. Damit profitieren diese unmittelbar von
 11 einem Krieg / einem Krisengeschehen, das für unzähli-
 12 ge Menschen großes Leid bedeutet und auch der bun-
 13 desrepublikanischen Bevölkerung große Lasten aufbür-
 14 det. Es ist mit dem Solidaritätsprinzip nicht vereinbar,
 15 die Bevölkerung mit massiv und stetig steigenden Ener-
 16 giekosten zu belasten, die gleichzeitig für Rekordgewin-
 17 ne bei den entsprechenden Unternehmen sorgen. Die
 18 Abschöpfung eines Teils der durch das Krisengeschehen
 19 bedingten Gewinne sollte daher einen angemessenen
 20 Beitrag dieser Unternehmen zur Lastenverteilung dar-
 21 stellen.

22

23 Auch wäre eine solche Steuer keineswegs neu oder ex-
 24 emplarisch; so gibt es hierfür nicht nur diverse histori-
 25 sche Beispiele, sondern mit Italien und Ungarn aktuell
 26 auch zwei Vorreiter auf EU-Ebene, die eine solche Steu-
 27 er bereits eingeführt haben.

28

29 Da gegen eine rückwirkende Besteuerung verfassungs-
 30 rechtliche Bedenken stehen, die eine tatsächliche Ein-
 31 führung möglicherweise verzögern oder gar blockieren
 32 könnten, ist die Einführung der Steuer für einen frü-
 33 hestmöglichen, in der Zukunft liegenden Termin vorzu-
 34 sehen. Darüber hinaus ist diese durchaus nicht nur auf
 35 die Energiekonzerne zu beschränken, sondern sollte sich
 36 auf alle Branchen erstrecken, die künftig aus Kriegs- und
 37 Krisensituationen extreme Gewinne schöpfen. Nicht zu
 38 Unrecht weisen die Energiekonzerne nämlich in der ak-
 39 tuellen Situation auf die Gewinne hin, die Technologie-
 40 und Versandhandelsunternehmen während der Corona-
 41 Krise zu verzeichnen hatten.

Ersetze den Antrag durch:

**Zusammenhalt in Krisenzeiten – für eine solidarische
 Krisen-Abgabe**

Die Bekämpfung der Corona-Pandemie in den vergan-
 genen Jahren sowie der Krieg in der Ukraine und seine
 Folgen stellen eine große Belastung für die öffentlichen
 Haushalte dar – von der Kommune, über das Land bis
 zum Bund. Gleichzeitig wachsen die Zukunftsaufgaben
 und die Investitionsbedarfe in vielen Bereichen deutlich.
 Aus sozialdemokratischer Perspektive ist für uns klar:
 Die soziale Absicherung in Krisenzeiten darf nicht gegen
 notwendige Investitionen in anderen Bereichen ausge-
 spielt werden.

Nur wenn es uns gelingt, Menschen Sicherheit zu bieten
 und gleichzeitig die Voraussetzungen für eine innova-
 tive, solidarische und nachhaltige Zukunft zu schaffen,
 können wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt und
 unsere Demokratie stärken sowie auch unseren Beitrag
 zum Klimaschutz leisten. Damit das gelingt, brauchen
 wir einen starken Staat, der finanziell handlungsfähig
 ist.

Krisen führen dazu, dass die Vermögensverteilung
 immer weiter auseinanderdriftet. Schon die Corona-
 Pandemie hat den Druck auf die Mittelschicht und
 Geringverdiener*innen erhöht, während wenige Reiche
 noch reicher geworden sind. Die schwierige wirtschaft-
 liche Lage in Folge des russischen Angriffskriegs in der
 Ukraine verschärft diese Entwicklung.

Deshalb muss gerade jetzt gelten: Finanziell starke
 Schultern müssen mehr tragen als schwache. Dafür
 brauchen wir wirksame Instrumente – etwa durch ei-
 ne zeitlich befristete solidarische Krisen-Abgabe, die ei-
 nen starken Gerechtigkeitsimpuls in Krisenzeiten gibt
 und zugleich zusätzliche finanzielle Spielräume schafft,
 um die großen Transformationsaufgaben zu bewältigen
 und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sichern.